

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Walter Kolbow MdB zur zukünftigen Rolle der Bundeswehr im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur: Abschied vom überparteilichen Konsens?

Seite 1

Dr. Elke Leonhard MdB zur Bedeutung des Münchner SPD-Parteitags vor 90 Jahren: Revolutionäre oder Reform-Partei?

Seite 6

47. Jahrgang / 176

14. September 1992

Abschied vom überparteilichen Konsens? Zur zukünftigen Rolle der Bundeswehr im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur

Von Walter Kolbow MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der Demokratisierung Mittel-Ost-Europas und der deutschen Einheit hat die Bundeswehr ihren bisherigen Gegner verloren. Mit einem überholten Einsatz-Konzept und noch unklarer politischer Wegweisung für die Zukunft befinden sich die Streitkräfte in einer Phase der Orientierungslosigkeit, Demotivation und Unzufriedenheit. Der erforderliche freiwillige Nachwuchs ist nicht mehr zu rekrutieren. Wen wundert das? Wer würde schon in ein Unternehmen eintreten, das nach außen hin so eindeutig den Eindruck mangelnder Aufgabenstellung und Zielsetzung vermittelt? Die Bundesregierung hat diesen Mangel erkannt, begegnet ihm aber mit den falschen Mitteln. Der Versuch, unter der Hand über zusätzliche Aufgaben die verfassungsmäßigen Grenzen für den Einsatz der Bundeswehr auszuweiten oder zumindest zu testen, wie weit die Opposition sich solches zumuten läßt, zerstört den überparteilichen Konsens über den Auftrag der Streitkräfte. Dabei hätten Regierung und insbesondere der Verteidigungsminister doch an die mit großer Sachlichkeit geführte Debatte über den Bericht der Jacobsen-Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr Mitte Januar dieses Jahres anknüpfen und eine einvernehmliche Neubestimmung des Auftrages suchen können. Das Schlagwort von der erweiterten deutschen Verantwortung kann ja nicht einfach heißen, daß die Bundeswehr jetzt weltweit eingesetzt werden darf oder muß.

Auch der Wunsch, die deutschen Streitkräfte sollten eine "normale" Armee, eine "Armee wie jede andere" werden, berücksichtigt deutsche Geschichte und Traditionen unzureichend. Der mögliche Neuanfang im Konsens der Parteien ist aber nicht nur versäumt worden, sondern mit dem sogenannten Stoltenberg-Papier "Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr" vom Januar 1992 sind bereits Planungen am Grundgesetz vorbei begonnen und der Streit um die Zukunft unserer Streitkräfte verschärft worden. Nicht nur die SPD hat diesen Ansatz gerügt, im Kabinett haben schließlich auch die FDP-Minister die Notbremse gezogen und dafür gesorgt, daß weniger strittige Formulierungen dabei herauskamen. Dagegen ist die notwendige Grundlagenarbeit bisher nicht geleistet worden. Es fehlen neue "Verteidigungspoliti-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzblauer Umgang
mit verbleibenden
Restlosungen



sche Richtlinien", eine neue "Militärstrategische Konzeption" und eine neue "Konzeption der Bundeswehr". Das Pferd wird vom Schwanz her aufgezaunt, wenn spätere Grundsatzdokumente durch Einzelfallentscheidungen soweit präjudiziert werden, daß kein Handlungsspielraum mehr bleibt.

Die Bundeswehr soll zur Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes im Rahmen der Bündnisse beitragen. Aber Sicherheit ist heute ein sehr viel weiter gefaßter Begriff, militärische Aspekte haben relativ an Gewicht verloren - auch wenn der Jugoslawienkonflikt das Gegenteil zu belegen scheint. Klima- und andere ökologische Katastrophen, also solche, die das Überleben der Menschheit insgesamt bedrohen. Natur- und zivile Katastrophen durch nicht beherrschbare Technologien, Verteilungskämpfe und innere Unruhen wegen Überbevölkerung, Unterentwicklung und Mißwirtschaft sowie daraus resultierende Hungerwanderungen, massive Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord mit entsprechenden Fluchtbewegungen sind neue, wahrscheinlich in die Zukunft weiter wachsende Risiken. Sie sind jedoch nicht-militärischer Art und deshalb helfen gegen sie keine Streitkräfte, sondern nur die Bekämpfung der Ursachen.

Militärisch bedeutsam könnten dagegen eher andere, regionale Risiken in Europa oder an der Peripherie werden, wenn es nicht gelingt, sie rechtzeitig durch politische Maßnahmen zu lösen oder einzugrenzen. Zu denken ist da vor allem an Minderheitenprobleme, an den Kampf um natürliche Ressourcen wie Wasser und Brennstoffe, an Nationalismus und Fundamentalismus in Verbindung mit Überrüstung, an Proliferation und Rüstungsexporte, die solche möglichen Kriege erst führbar machen. Aber Konflikte, die sich aus solchen Risiken entwickeln könnten, haben zumindest auf absehbare Zeit eine sehr viel geringere militärische Dimension als die einst befürchtete Ost-West-Auseinandersetzung. Gleichwohl können sie von schrecklichem Ausmaß und großer Tragweite sein, wie wir sie im zerfallenen Jugoslawien über die Medien täglich vor Augen geführt bekommen. Dennoch betreffen sie in militärischer Hinsicht Deutschland und die Verteidigungsbündnisse NATO und WEU nur indirekt. Die Bemühungen um Friedenserhaltung und Konfliktvermeidung müssen verstärkt werden und Vorrang haben. In den ersten 40 Jahren ihres Bestehens unternahm die UNO 13 Friedensmissionen. Seit 1988 hat es bereits 12 gegeben, eine unglaubliche Steigerungsrate, die die Weltorganisation auch überfordert. Der UN-Sicherheitsrat muß zukünftig Konflikte bereits im Entstehen verhindern. Dazu war die Weltorganisation bisher offensichtlich nicht in der Lage. Deshalb muß sie gestärkt, müssen ihre Organe so ausgestattet werden, daß sie Konflikte frühzeitig erkennen, eindämmen und möglichst mit friedlichen Mitteln lösen kann. Außerdem müssen gleichzeitig regionale Sicherheitssysteme ausgebaut und institutionell verankert werden. Gesamteuropa braucht ein Sicherheitssystem, das nicht nur vor zukünftig schwer kalkulierbaren äußeren Risiken, sondern auch vor Krieg oder Bürgerkrieg unter seinen Mitgliedsstaaten schützt und das im Notfall über Sanktionsmechanismen verfügt, um Staaten, die sich nicht vertragskonform verhalten, dazu zu zwingen. Die umwälzenden Veränderungen bieten uns heute mehr denn je die Chance, langfristig das Ziel einer stabilen gesamteuropäischen Friedensordnung zu erreichen. Auf dem Weg dorthin gilt es, die positiven Entwicklungen abzusichern, damit die Umgestaltungsprozesse friedlich ablaufen und nicht in praktisch unsteuerbare Konflikte und militärische Auseinandersetzungen umschlagen.

Europa verfügt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bereits über ein Geflecht von vielfältigen Organisationen, darunter NATO, WEU, EG und Nordatlantischer Kooperationsrat, die über mehrfache Mitgliedschaften miteinander verbunden sind. Bisher wurde von den komplementären Funktionen dieser Organisationen ausgegangen - eine Formel, die zuletzt noch der NATO-Gipfel von Rom im November 1991 bestätigte. Dieser Ansatz greift jedoch zu kurz und ist nur für eine Übergangszeit akzeptabel: Nur der Ausbau der KSZE zu einem kollektiven Sicherheitssystem mit einem lückenlosen Instrumentarium von der "Frühwarnung" bis zu "friedenserhaltenden Maßnahmen" und die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa mit einer integrierten Außen- und Sicherheitspolitik sowie gegebenenfalls einer eigenen Verteidigungsidentität - nicht einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik - können den offenbar drohenden Rückfall in nationalstaatliches Denken und traditionelle Gleichgewichtspolitik mit der Folge neuer Aufrüstung verhindern. Auf der Gipfelkonferenz von Helsinki hat die KSZE weitere Schritte in diese Richtung getan und sich zum regionalen Sicherheitssystem nach Kapitel VIII der UN-Charta erklärt.

Die NATO sollte als Substruktur der KSZE begriffen werden, die im Laufe der Entwicklung an diese herangeführt wird. Als Verteidigungsbündnis muß sie so lange erhalten bleiben, bis die KSZE ein gleiches Maß an Sicherheit gewährleisten kann. Der Beschluß der NATO-Außenminister von Oslo, die KSZE bei friedenserhaltenden Maßnahmen zu unterstützen, ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg und entspricht einigen wichtigen Forderungen der SPD. Vor allem dokumentiert er den Vorrang der KSZE. Allerdings ist die Ankündigung, der KSZE "Ressourcen" der NATO zur Verfügung zu stellen, nicht durch den NATO-Vertrag gedeckt. Es kann deshalb nur darum gehen, daß Bündnispartner auf Anfrage der KSZE souverän darüber entscheiden, ob sie diese im Einzelfall bei friedenserhaltenden Maßnahmen unterstützen. Dabei muß aber sichergestellt sein, daß kein Schlupfloch für out-of-area-Einsätze der Atlantischen Allianz geöffnet wird und daß die KSZE stets die Führung dieser Blauhelm-Einsätze ausübt.

Jüngste Planungen des Bonner Verteidigungsministeriums nähren allerdings Zweifel, daß dies so vorgesehen ist. Wenn dort von angestrebten Kampfeinsätzen deutscher Kontingente der NATO-Reaktionsstreitkräfte außerhalb des Vertragsgebietes - natürlich nach Verfassungsänderung - die Rede ist, werden offensichtlich bewußt die notwendigen Abgrenzungen unterlassen oder verwischt. Auch der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General John Shalikashvili, überschreitet seine Kompetenzen, wenn er öffentlich als seine schwierigste Aufgabe die Eindämmung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und Berg-Karabach bezeichnet oder eine Beteiligung der NATO an einem militärischen Schlag dagegen den Irak nicht ausschließt. Damit werden Befürchtungen der SPD, die Allianz suche in Wirklichkeit neue Betätigungsfelder außerhalb des Vertragsgebietes, weiter verstärkt und bestätigt.

Die WEU ist bisher zwischen NATO und EG angesiedelt. Sie soll an die Europäische Politische Union herangeführt werden, zu deren integraler sicherheitspolitischer Komponente ausgestaltet werden, wie die Beschlüsse von Maastricht präzisiert haben. Außerdem wollen die Mitgliedsstaaten die operativen Möglichkeiten und die Einsatzfähigkeit der WEU erweitern. Entgegen Artikel IV des WEU-Vertrages schafft sich dieses Bündnis nun doch eigene Strukturen: Der in der Aufstellung begriffene Planungsstab war der Preis, der für die französische Zustimmung zur Verlegung des Generalsekretariats von London nach Brüssel zu zahlen war. Es soll eine engere militärische Zusammenarbeit auf den Gebieten Logistik, Transport, Ausbildung und strategische Aufklärung geben. Weitere Treffen der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten, eine Kopie des Militärausschusses der NATO, sind vorgesehen, die Zuordnung militärischer Einheiten zur WEU ist in Angriff genommen. Möglichkeiten einer verstärkten Rüstungskooperation mit dem Ziel, eine europäische Rüstungsagentur zu schaffen, und die Aufstellung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie sind in der Prüfung. Wohin die Reise gehen soll, hat die Petersberg-Erklärung des WEU-Ministerrates vom 23. Juni 1992 klargestellt: "Im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen" (und nicht etwa auf der Grundlage von Beschlüssen des Sicherheitsrates) wollen die Mitgliedsstaaten ihren Truppen auch Kampfeinsätze "zur Herbeiführung des Friedens" befehlen, und zwar nicht mehr in bloßer Koordinierung, sondern unter Befehlsgewalt der WEU. Hier wurde eine erhebliche Vertragsveränderung und -erweiterung außerhalb des WEU-Vertrages und ohne Ratifizierung der dafür zuständigen nationalen Parlamente vorgenommen.

Die WEU hatte schon mehrfach Koordinierungsaufgaben dafür Operationen nationaler europäischer Streitkräfte dort übernommen, wo die NATO aufgrund der geographischen Begrenzung ihres Geltungsbereiches nicht tätig werden konnte. Die Durchsetzung des UNO-Embargos gegen den Irak und die Minenräumoperationen nach dem Ende des Golfkrieges sind noch in frischer Erinnerung. Für einen möglichen Einsatz in Jugoslawien soll es unterschiedliche Modelle bis hin zu einem Truppeneinsatz von 30.000 Mann gegeben haben, der aber, glücklicherweise, nicht den notwendigen Konsens erreichte. Beim Adria-Einsatz zur Überwachung des von der UN beschlossenen Embargos gegen die neue jugoslawische Föderation nimmt der französische inspirierte europäische Darstellungsdrang geradezu groteske Züge an. Ganz abgesehen davon, daß diese Operation, wie alle anderen zuvor, weder durch NATO- noch WEU-Vertrag gedeckt, sondern bestenfalls als nationale Entscheidung zur Unterstützung der Sicherheitsrats-Resolutionen 713 und 757 legitimiert ist, macht es wirklich keinen Sinn im gleichen Seegebiet zwei Bündnisse mit zum Teil identischer Mitgliedschaft mit ihren Schiffen und Flugzeugen arbeiten zu lassen und dadurch den Koordinierungsaufwand, gleich Reibungsverluste, zu erhöhen.

Auch die Entscheidung der Bundesregierung für das deutsch-französische Korps als Keimzelle eines Euro-Korps verbessert die Sicherheit dieser beiden Staaten um keinen Deut. Sie kam zur Unzeit und hat die Beziehungen innerhalb des Bündnisses und innerhalb Europas in einer wichtigen Phase der gesamteuropäischen Entwicklung belastet. Die Integration der Bundeswehr in die NATO und die Schaffung multinationaler Verbände tragen zwar zur gegenseitigen Rückversicherung bei und erschweren nationale Alleingänge. Die Frage europäischer Streitkräfte stellt sich aber erst dann, wenn eine zentrale europäische, parlamentarisch kontrollierte Regierung vorhanden ist. Erst dann ist zu entscheiden, ob solche Truppen erforderlich sind und welchen Auftrag sie haben sollen. Es ist ein Trugschluß, zu glauben, die militärische Zusammenarbeit könne als Katalysator für die europäische Integration dienen, ganz im Gegenteil könnte sie als zusätzlicher Sprengstoff wirken.

Welche Rolle soll nun die Bundeswehr der Zukunft vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungslinien übernehmen - zu einer Zeit, da die "militärische Sicherheit" Deutschlands "weniger denn je gefährdet ist", wie die Jacobsen-Kommission in ihrem Bericht vom September 1991 feststellte?

Vorrang muß auch weiterhin der Landesverteidigung, national wie im Bündnis, als sichtbarer militärischer Sicherheitsvorsorge eingeräumt werden. Sie ist die eigentliche "raison d'être" deutscher Streitkräfte. Dies gilt, so lange noch gegen die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Verbündeten eingesetzt werden könnten. Die Bundeswehr muß weiterhin ausschließlich der Kriegsverhinderung dienen, in der NATO zur wirksamen Verteidigung fähig sein, dadurch mögliche Angreifer abhalten und in Umfang, Struktur, Bewaffnung, Ausbildung und Einsatzkonzeption erkennbar diesem defensiven Auftrag entsprechen. Ein klarer Kern präsenter und rasch einsetzbarer sowie angemessen ausgerüsteter Truppen stellt gemeinsam mit den Verbündeten eine ausreichende Reaktionsfähigkeit gegen mögliche Aggressionen sicher. Wie der Umfang der Bundeswehr muß auch deren Beitrag zu diesen NATO-Verbänden die weitere internationale Entwicklung berücksichtigen: Bei Stabilisierung der Lage muß er schrittweise zurückgeführt werden. Ob der von der NATO gegenwärtig geplante Umfang und der deutsche Beitrag von mehr als zwei Divisionen tatsächlich gerechtfertigt sind, muß im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages beraten werden.

Im zusammenwachsenden Europa - und insbesondere im Bündnis - müssen außerdem stärker als bisher Aufgabenteilung und Rollenspezialisierung genutzt werden, um Rationalisierungsgewinne zu erzielen. Nicht alle Partner müssen auch in Zukunft alle Waffengattungen unterhalten, über die sie heute verfügen.

Neben den präsenten, flexibel einsetzbaren Kräften sehe ich den Kern der Landesverteidigung in einer territorialen, weniger materialintensiven Bundeswehr. Ihr Friedens- und Verteidigungsumfang müssen sich an diesem Auftrag der Landesverteidigung im Bündnisrahmen messen lassen. 370.000 Soldaten für die Bundesrepublik sind eine politische Zahl. Wenn die militärischen Risiken weiter abnehmen, muß auch die Personalstärke unter 370.000 sinken. Mit Befriedigung registriert deshalb die SPD Signale aus dem Verteidigungsministerium, die Bundesregierung sei bereit, die Bundeswehr weiter zu reduzieren. Dann stellt sich allerdings die Frage nach der Beibehaltung der Wehrpflicht: Dann, wenn die Friedensstärke der Bundeswehr unter 300.000 Mann sinkt, wächst die Wehrungerechtigkeit. Ihr ist dann weder mit einer Verkürzung des Grundwehrdienstes noch durch die Erweiterung von Wehrdienstausnahmen grundsätzlich beizukommen. Eine geringere Wehrdienstdauer würde zudem den negativen Trend zu einer Zwei-Klassen-Bundeswehr - hier gut ausgebildete und ausgerüstete Reaktionsstreitkräfte mit Längardienern, dort eine veraltete Wehrpflichtarmee - verstärken. Wer andererseits für weltweite Wehrpflicht, denn sie ist nur mit der Landesverteidigung in einer Situation existenzieller Bedrohung zu legitimieren. Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes liegen außerhalb dieses Rahmens.

Schon heute viel zu hoch ist der Verteidigungsumfang, die kürzlich vom Verteidigungsminister vorgelegte Reservistenkonzeption geht da nicht weit genug. Es würde ausreichen neben dem erforderlichen Regiepersonal ausscheidende Grundwehrdienstleistende nur für die jeweils folgenden zwei Jahre einzuplanen. Die für eine Verwendung vorgesehenen Reservisten wären immer gut ausgebildet und auf dem neuesten Stand. Dies würde die notwendige Zahl von

Wehrübungen und den Verwaltungsaufwand für die Personalbearbeitung von jetzt über einer Million Reservisten erheblich verringern und damit beträchtliche Kosten sparen.

Die SPD fordert seit langem eine Wehrstrukturkommission, denn beim Personal bedarf es einer grundlegenden Reform des gegenwärtigen Aufbaus. Es kommt darauf an, verkrustete Strukturen aufzubrechen und eingefahrene Gleise zu verlassen, um die Voraussetzungen für moderne deutsche Streitkräfte und motivierte Soldaten zu schaffen. Mit dem alten und unzureichenden Dienst- und Statusrecht, das sich schon in der Vergangenheit in mehrfacher Hinsicht nicht bewährt hat, ist der erforderliche Umbau der Bundeswehr nicht zu bewerkstelligen. Neben der klassischen Aufgabe militärischer Gefahrenabwehr haben die Streitkräfte in den letzten Jahren bereits zusätzliche Aufträge übernommen, die zukünftig aller Voraussicht nach noch mehr Personal binden werden: Verifikation und Vollzug von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, Vertrauensbildung, Dialog und ein umfangreiches Programm von Kooperationsmaßnahmen mit den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Die Bundeswehr muß auf Anforderung Hilfe zur Demokratisierung der Streitkräfte dieser Staaten zum Beispiel durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen leisten. Deutschland hat guten Grund, an der Spitze dieser Zusammenarbeit zu stehen, denn es ist das Land mit den meisten Nachbarn in Europa.

Trotz Auflösung der Ost-West-Konfrontation und des Warschauer Paktes scheint jetzt der militärische Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des eigenen Landes und der NATO näher denn je. Dabei ist auch der von der SPD vorgeschlagene und gegenwärtig wahrscheinlichste Weg in Friedenserhaltenden Blauhelm-Missionen der Vereinten Nationen oder der KSZE keineswegs ungefährlich. Immerhin sind fast 800 Soldaten unter dem blauen UNO-Helm gefallen. Auch dieser Dienst fordert die volle militärische Einsatzbereitschaft der Soldaten. Bei Einsätzen im Rahmen des Bündnisses gibt es psychologische Schwellen, die in Betracht zu ziehen und nicht einfach zu überwinden sind, weil das Bewußtsein der Deutschen ganz auf eine mögliche militärische Auseinandersetzung auf dem eigenen Territorium fixiert war. Um die psychologische Dimension dieser Frage angemessen zu berücksichtigen und in der Bevölkerung einen Prozeß der Bewußtseinsbildung für die neue Lage und neue Aufgaben der Bundeswehr anzustoßen und zu begleiten, ist die breite öffentliche Diskussion erforderlich. Nach Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen und Verabschiedung eines Bundeswehraufgabengesetzes, das diesen Rahmen detailliert ausfüllt, müssen gesonderte Blauhelm-Verbände aufgestellt werden. Sie dürfen nach Auffassung der SPD nur aus freiwilligen Berufs- und Zeitsoldaten bestehen und müssen gezielt auf ihre internationale Aufgabe vorbereitet werden. Jeder Angehörige dieser Truppe muß wissen, was auf ihn zukommen kann. Außerdem muß der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nachkommen und versorgungsrechtliche Regelungen vorschlagen, die dem erhöhten Risiko des Blauhelmeinsatzes gerecht werden.

Die Bundeswehr sollte außerdem im Rahmen eines zu schaffenden deutschen oder europäischen Friedenskorps stärker als bisher ihre vorhandenen organisatorischen, personellen und materiellen Ressourcen für humanitäre Hilfeleistung und die Bekämpfung ökologischer, ziviler sowie Naturkatastrophen zur Verfügung stellen. Dies ist nur eine Sekundäraufgabe und soll die Bemühungen ziviler Hilfsorganisationen ergänzen. Dadurch könnte die von der SPD vorgeschlagene Soll-Vorschrift des Artikels 24 (3) Grundgesetz organisatorisch umgesetzt werden.

Blauhelme und Friedenskorps können jedoch nicht zur Begründung eines höheren Streitkräftenumfanges herangezogen werden und rechtfertigen auch nicht die Schaffung zusätzlicher nationaler militärischer Befehlsstrukturen. Bei der Ausrüstung der Bundeswehr sind diese neue Aufgaben zu berücksichtigen und solchen Waffensystemen ist der Vorzug zu geben, die sowohl zur Landesverteidigung als auch für Unterstützungsfunktionen der Vereinten Nationen, KSZE oder des Friedenskorps geeignet sind. Darüber hinaus wird für Einsätze in anderen Klimazonen eine adäquate Zusatzausstattung der Soldaten erforderlich. Die Realisierung wird angesichts geringerer Haushaltsmittel nicht einfach sein, sie erfordert eine veränderte Prioritätensetzung. Schon im Januar hatte die SPD betont, daß die Planungen des damaligen Verteidigungsministers Stoltenberg "auf Sand gebaut seien" und die finanziellen Vorstellungen des BMVg fernab jeder Realität lägen. Dies hat sich inzwischen bestätigt - mit der Folge, daß bis zum Herbst bei der Rüstung grundlegend umgeplant werden muß.

Für die zuvor beschriebenen Elemente von Auftrag und Struktur der Bundeswehr kann der Regierungskoalition mit der Zustimmung der Opposition rechnen. Sie wird sich auch einer

ernsthaften Diskussion über die Frage der Wehrpflicht nicht entziehen, aber versuchen, so lange als möglich an ihr festzuhalten. Keine Übereinstimmung wird es auf absehbare Zeit bei Kampfeinsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO- und WEU-Vertrages geben. Es liegt deshalb vor allem an der Alles-oder-Nichts-Politik der Bundesregierung, wenn der parteiübergreifende Konsens über den Auftrag der Bundeswehr, der mehr als 30 Jahre lang Bestand hatte, nicht wiederhergestellt werden kann.

(-/14. September 1992/rs/ks)

Revolutionäre oder Reform-Partei?
Zur Bedeutung des Münchner SPD-Parteitags vor 90 Jahren

Von Dr. Elke Leonhard MdB

München, September 1902. Die 205 Delegierten des SPD-Parteitag beraten über Fragen der Kommunalpolitik, der Arbeitsversicherung. Nicht zuletzt auch der 'physischen und geistigen Betreuung der Arbeiterklasse'. Es wird die heute undenkbar erscheinende Forderung erörtert, Abstinenz von alkoholischen Getränken als Aufgabe der Partei festzuschreiben: Auf den ersten Blick ein ruhiger Parteitag.

Gleichwohl; der Münchner Parteitag fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Revisionsismus-Debatte in vollem Gange war. Das Protokoll verzeichnet eine lebhafte Diskussion über 'Die Neue Zeit' und die 'Sozialistischen Monatshefte', in denen die Debatte ihrem Zenit entgegenging. Um was ging es - wie fing es an?

Die Verwirrung begann mit einer Reihe kritischer Veröffentlichungen Eduard Bernsteins in der 'Neuen Zeit'. Ausgangspunkt war die Frage, wie und ob Sozialismus wissenschaftlich sein könne. Zum anderen forderte die Verleumdungsthese Bernstein zur Argumentation gegen die von Karl Kautsky dominierte Richtung der Sozialdemokratie heraus. Ein Nebeneffekt - jedoch nicht unwesentlich für die Herausprägung der revisionistischen Strömung - ergab sich aus Bernsteins Herleitung des Begriffes Sozialismus, den er nicht von dem 'verschwommenen Begriff der Societas = Gesellschaft, sondern von dem sehr viel bestimmteren socius = Genosse' abgeleitet wissen wollte. In diesem Sinne verstand er Sozialismus als 'Bewegung zur Genossenschaftlichkeit'.

Die Korrespondenz zwischen Bebel, Bernstein, Kautsky und Adler zur Frage des Revisionismus hatte zur Zeit des Münchner Parteitages angesichts ihrer unversöhnlichen Standpunkte bereits tragik-komische Züge angenommen hatte: Alle Worte waren gewechselt. Eine Analyse des Sprachverhaltens dieser Zeit registriert weit eher moralische Appelle und ohnmächtiges Gegenüberstehen - ausgedrückt durch Begriffe wie 'Kopfschütteln' und 'Bedauern' - als Neues in Sachen Revisionismus.

An der Tatsache, daß aus 'Kopfschütteln' und 'Bedauern' für die Aufklärung und Bildung der Arbeiterschaft - kurz: der Parteimitglieder - keine neue Qualität entstehen konnte, änderte auch die lebhafte Debatte des Münchner Parteitages nichts.

Im Abstimmungsverhalten schlug sich die Kontroverse nicht nieder: Der Parteitag wählte August Bebel mit 176 von 177 Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden; auch Sieger, Gerisch, Pfannkuch und Auer wurden mit überzeugenden Ergebnissen wiedergewählt. Selbst Clara Zetkin wurde mit 133 von 167 gültigen Stimmen in die Kontrollkommission gewählt.

Man könnte Wilhelm Kolb zustimmen, der wenige Jahre später formulierte: 'Entweder sind wir eine revolutionäre Partei ..., oder wir sind eine Reformpartei. Auf jeden Fall müssen wir konsequent sein. Wird die Konsequenz gezogen, gleichviel nach welcher Richtung, dann ergibt sich alles andere von selbst.'

Die Revisionsismus-Debatte ist Vergangenheit. Die Forderung nach einer konsequenten sozialdemokratischen Politik jedoch ist heute aktueller denn je.

(-/14. September 1992/rs/ks)